

Martin Ahlfeld

# Zwingende Erfordernisse im Sinne der Cassis-Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu Art. 30 EGV

Anwendungsbereiche - Einzelstaatliche  
Regelungsspielräume - Quellen



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungen	17
Thema und Zielsetzung der Arbeit	21
Gang der Untersuchung	22
1. Teil:	
Die Cassis-Rechtsprechung im System der Regelungen des EGV zur Warenverkehrsfreiheit	23
I. Rechtliches Umfeld	23
1. Grundsätze des EG-Vertrages	23
2. Das System der Regelungen zur Warenverkehrsfreiheit	24
II. Das Verbot der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen und der Maßnahmen gleicher Wirkung im Sinne des Art. 30 EGV	25
1. Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	25
2. Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Ein- fuhrbeschränkungen und das Urteil Dassonville	26
a. Handelsregelungen	28
b. Eignung zur Behinderung des innergemeinschaftlichen Handels	28
c. Unmittelbare oder mittelbare, tatsächliche oder potentielle Behinderung	29
d. Behinderung	29
3. Die Konkretisierung des Art. 30 EGV durch das Beschränkungsverbot	29
a. Das Urteil Cassis de Dijon	30
b. Das Postulat der freien Verkehrsfähigkeit und seine Aspekte	31
4. Versuche in der Rechtsprechung zur Eingrenzung des Anwendungsbereichs von Art. 30 EGV und das Urteil Keck	35
a. Entwicklung der Rechtsprechung bis Keck	35
b. Das Urteil Keck	39

5. Die Interpretation der Rechtsprechung zur Begrenzung des Anwendungsbereichs von Art. 30 EGV	41
a. Nur Diskriminierungsprinzip	42
b. Spürbarkeitsgrenze als Beschränkung des Art. 30 EGV	44
c. Kontingentierung und Binnenmarktgedanke	46
d. Regeln über Marktumstände	48
e. Marktaufsplitterung	49
6. Eigene Überlegungen zur Begrenzung des Anwendungsbereichs von Art. 30 EGV	50
III. Die Legalausnahme des Art. 36 EGV	57
1. Tatbestand und Funktion des Art. 36 EGV	58
2. Enge Auslegung und numerus clausus der Rechtfertigungsgründe in Art. 36 Satz 1 EGV	58
3. Beschränkung auf Rechtfertigungsgründe nicht-wirtschaftlicher Art	59
4. Art. 36 Satz 2 EGV	60
5. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe	61
a. Öffentliche Sittlichkeit	62
b. Öffentliche Ordnung	62
c. Öffentliche Sicherheit	64
d. Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen	64
e. Der Schutz des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischem Wert	66
f. Der Schutz des gewerblichen und kommerziellen Eigentums	66
2. Teil:	
Die rule of reason und einzelne zwingende Erfordernisse	69
I. Allgemeine Grundsätze	69
1. Allgemeine Voraussetzungen an Maßnahmen, die durch zwingende Erfordernisse gedeckt sein können	70
2. Insbesondere: nur unterschiedslos anwendbare Maßnahmen	71
a. Möglichkeit einer sprachlichen Interpretation?	71
b. Analyse der Rechtsprechung	72
c. Grundlagen für die Voraussetzung der unterschiedslosen Anwendbarkeit	79
d. Zusammenfassung und Bewertung	80
3. Systematische Einordnung	81
II. Einzelne zwingende Erfordernisse	84
1. Wirksame steuerliche Kontrolle	84
a. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	84

b.	Die Rechtsprechung des EuGH	85
aa.	Preisaufrdruck auf den Steuerbanderolen von Tabakerzeugnissen	86
bb.	Zeitweilige Einfuhr von Kraftfahrzeugen	88
cc.	Biersteuergesetz	90
dd.	Regeln steuerlicher Vollstreckung	91
c.	Die Prüfungsmaßstäbe des EuGH	91
d.	Die Wirksamkeit der steuerlichen Kontrolle nach Keck	92
e.	Zusammenfassung	93
2.	Öffentliche Gesundheit	95
a.	Eine Abgrenzung zu Art. 36 EGV in der Rechtsprechungspraxis des EuGH?	95
b.	Schlußfolgerungen	96
3.	Lauterkeit des Handelsverkehrs und Verbraucherschutz	97
a.	Unterscheidbarkeit der zwingenden Erfordernisse Lauterkeit des Handelsverkehrs und Verbraucherschutz	99
aa.	Die Urteilspraxis des EuGH	99
bb.	Zusammenfassung und Bewertung	102
b.	Verbraucherschutz	104
aa.	Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	104
bb.	Begriffsprägung durch den EuGH und Konkretisierung der Schutzzielbestimmung	106
(1.)	Das Recht des Verbrauchers auf Gesundheit und Sicherheit	107
(2.)	Der Schutz der wirtschaftlichen Interessen des Verbrauchers und Verbraucherschutz im Sinne einer angemessenen Information	110
(a.)	Schutz vor aggressiven Verkaufsmethoden	110
(b.)	Schutz vor Täuschungsgefahren, Irreführung und Verwechslung	111
(c.)	Richtigkeit von Etiketten	113
(d.)	Angemessene Auswahl an Waren	113
(3.)	Recht des Verbrauchers auf Beratung, Beistand, Schadensersatz, Vertretung und Anhörung	113
(4.)	Zusammenfassung	114
cc.	Prüfungskriterien des EuGH für die Zulässigkeit einer einzelstaatlichen Maßnahme	114
(1.)	Gefährdung des Verbrauchers	115
(2.)	Geeignetheit der Maßnahme zum Verbraucherschutz	117
(3.)	Erforderlichkeit der Maßnahme	118
(4.)	Güterabwägung	120
dd.	Das Verbraucherleitbild des EuGH und seine integrationspolitische Bedeutung	121
(1.)	Konturen eines Verbraucherleitbildes des EuGH	121

(2.) Exkurs: Die integrationspolitische Bedeutung eines gemeinschaftlichen Verbraucherleitbildes	126
ee. Zusammenfassung	128
c. Lauterkeit des Handelsverkehrs	129
aa. Rechtliche Grundlagen für ein Lauterkeitsrecht in der Gemeinschaft	129
(1.) Überblick über mögliche Grundlagen im Gemeinschaftsrecht	130
(2.) Stellungnahme	131
bb. Begriffsprägung durch den EuGH	132
(1.) Verwechslungs- und Irreführungsgefahr	132
(a.) Rechtsprechung zur Verwechslungsgefahr	132
(b.) Rechtsprechung zur Irreführungsgefahr	134
(2.) Geographische Bezeichnungen	137
(a.) Die Unterschiedlichkeit nationaler Systeme zum Schutz geographischer Bezeichnungen als Integrationshindernis	138
(b.) Geographische Bezeichnungen und allseitiger Schutz lauterer Praktiken in der Rechtsprechung des EuGH	140
(3.) Preiskampfmethode, insbesondere Eigenpreisvergleiche	146
(4.) Zugabeverbote	149
cc. Prüfungskriterien für die Zulässigkeit einzelstaatlicher Maßnahmen	150
dd. Einzelstaatlicher inhaltlicher Ermessensspielraum	150
ee. Zusammenfassung	151
d. Die Rechtsprechung zur Lauterkeit des Handelsverkehrs und zum Verbraucherschutz nach Keck	152
aa. Grundsätze nach dem Urteil Keck	153
bb. Auswirkungen auf die Fallgruppen zum Verbraucher- und Lauterkeitsschutz	154
cc. Zusammenfassung und Bewertung	158
Umweltschutz	159
a. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	159
b. Begriffsprägung durch den EuGH	161
aa. Entwicklung der Rechtsprechung	161
bb. Umweltschutz und Gesundheitsschutz	167
(1.) Rechtsprechung zum Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen	168
(2.) Rechtsprechung zum Schutz von Tieren und Pflanzen	169
(3.) Rechtsprechung zum zwingenden Erfordernis Umweltschutz	169

(4) Ergebnis	170
c. Prüfungskriterien für die Zulässigkeit	171
aa. Vorliegen, Wahrscheinlichkeit und Intensität einer Gefahr für die Umwelt	171
(1.) Vorliegen und Wahrscheinlichkeit einer Gefahr	172
(2.) Intensität einer Gefahr	175
bb. Geeignetheit der Maßnahme	175
cc. Erforderlichkeit der Maßnahme	176
dd. Güterabwägung	178
(1.) Übergewichtung des Warenverkehrs	179
(2.) »Relativer« Vorrang des Umweltschutzes	179
(3.) Gleichrangigkeit beider Belange	180
(4.) Stellungnahme	181
d. Umweltschutz nach Keck	182
e. Zusammenfassung	183
Erhaltung der Sozialsysteme	184
a. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	185
b. Die Rechtsprechung des EuGH	186
c. Stellungnahme zur Zugehörigkeit zur Cassis-Rechtsprechung	188
d. Abgrenzung zum Gesundheitsschutz im Sinne des Art. 36 Satz 1 EGV	190
e. Prüfungsmaßstäbe des EuGH	191
f. Die Erhaltung der Sozialsysteme nach Keck	191
g. Zusammenfassung	192
Verbesserung der Arbeitsbedingungen	193
a. Regelungen im EG-Vertrag	193
b. Begriffsprägung durch den EuGH	194
c. Abgrenzung zum zwingenden Erfordernis der nationalen und regionalen sozialen und kulturellen Eigenheiten	196
d. Abgrenzung zum Gesundheitsschutz im Sinne des Art. 36 Satz 1 EGV	197
e. Prüfungskriterien für die Zulässigkeit	198
f. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen nach Keck	199
g. Zusammenfassung	200
Ziele der Kulturpolitik	200
a. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	201
b. Begriffsprägung durch den EuGH	202
c. Zulässigkeitskriterien	205
d. Ziele der Kulturpolitik nach Keck	206
e. Zusammenfassung	206
Nationale und regionale soziale oder kulturelle Eigenheiten	207
a. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen	208
b. Begriffsprägung durch den EuGH	208
c. Zulässigkeitskriterien	210

d. Nationale und regionale soziale oder kulturelle Eigenheiten nach Keck	211
e. Zusammenfassung	212
9. Ordnungsgemäßer Betrieb eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes	212
a. Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen und gemeinschaftliche Deregulierung der Telekommunikationsmärkte	212
b. Begriffsprägung durch den EuGH	214
c. Zulässigkeitskriterien	215
d. Ordnungsgemäßer Betrieb von öffentlichen Telekommunikationsnetzen nach Keck	216
e. Zusammenfassung	217
10. Sonstige zwingende Erfordernisse	218
a. Statistik	218
b. Makroökonomische Zielsetzungen	219
3. Teil:	
Wechselwirkungen zwischen der Rechtsprechung zur Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit und der Cassis-Rechtsprechung im Bereich des Art. 30	221
I. Im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit anerkannte Allgemeininteressen und ihre Übertragbarkeit auf zwingende Erfordernisse	221
1. Die Systematik der Vorschriften zur Dienstleistungsfreiheit	222
2. Die Entwicklung der Rechtsprechung zu Allgemeininteressen im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit	223
3. Allgemeininteressen in der Dienstleistungsfreiheit und zwingende Erfordernisse	228
II. Im Rahmen der Niederlassungsfreiheit anerkannte Allgemeininteressen	231
4. Teil: Schlußfolgerungen	233
I. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und der Spielraum einzelstaatlicher Regelungsautonomie	233
1. Die Kompetenz des EuGH zur Beurteilung der Verhältnismäßigkeit im Rahmen des Vorabentscheidungsverfahrens nach Art. 177 EGV	236
2. Durch das Gemeinschaftsrecht anerkanntes Schutzziel	237
3. Gefahr für das Schutzgut	238
4. Geeignetheit einer Maßnahme	239

5. Erforderlichkeit	240
a. Der Vergleich der zu prüfenden Maßnahme und der Alternativmaßnahme im Hinblick auf das zu verwirklichende Schutzziel	241
b. Der Vergleich im Hinblick auf die Behinderung des Handelsverkehrs	244
c. Weitere Einzelmaßstäbe	244
6. Güterabwägung	245
7. Zusammenfassung und Bewertung	246
II. Die Gewinnung und inhaltliche Bestimmung zwingender Erfordernisse — Legitimationsprobleme der Cassis-Rechtsprechung	247
1. Rechtliche Verankerung zwingender Erfordernisse	248
a. Verankerung im geschriebenen Gemeinschaftsrecht	251
b. Verankerung der rule of reason in Art. 30 EGV und dem Verhältnismäßigkeitsgebot	253
c. Verankerung im ungeschriebenen Recht der Gemeinschaft	257
aa. Der Gewinnungsprozeß zwingender Erfordernisse aus den Wertungen mitgliedstaatlicher Rechtsordnungen	258
bb. Die Gewinnung zwingender Erfordernisse aus den Wertungen des (sonstigen) Völkerrechts	262
cc. Wertungen aus dem sekundären Gemeinschaftsrecht	265
d. Zusammenfassung und Bewertung	266
2. Inhaltliche Bestimmbarkeit zwingender Erfordernisse — Lassen sich potentielle zukünftige zwingende Erfordernisse inhaltlich eingrenzen?	267
a. Inhaltliche Anforderungen aus der Eingrenzung der Rechts- quellen und dem Verlauf des Rechtsgewinnungsprozesses	268
b. Inhaltliche Anforderungen aus einer Systematisierung der Rechtsprechung zu zwingenden Erfordernissen?	269
c. Inhaltliche Anforderungen aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs zu den Begriffen des zwingenden Erfordernisses, des Gemeinwohls oder des Allgemeininteresses?	270
d. Negativ ausgrenzbare inhaltliche Anforderungen	271
aa. Keine öffentlich anerkannten Rechte Einzelner?	272
bb. Nur Zielvorstellungen nicht-wirtschaftlicher Art	272
e. Zusammenfassung und Bewertung	277
3. Die Cassis-Rechtsprechung in der horizontalen und vertikalen Kompetenzverteilung der Gemeinschaft — eine Bewertung der Legitimation dieser Rechtsprechung	277
Schluß: Gesamtergebnis	285
Literatur	287
Entscheidungen des EUGH in zeitlicher Reihenfolge	301